



Kommentar

Peter Bußjäger

Katastrophenversicherung

Nach den verheerenden Überschwemmungen in Kärnten und der Steiermark ist eine Debatte entflammt, ob Gebäude verpflichtend gegen Elementarereignisse wie Hochwasser und Muren versichert werden sollten. Die Versicherungswirtschaft, die natürlich ein Eigeninteresse hat, würde sich dies wünschen, die Politik reagiert zurückhaltend. Das war auch nach dem Hochwasser von 2005 in Vorarlberg nicht anders. Das Thema wurde kurz debattiert, dann wieder zu den Akten gelegt, nachdem sich herausstellte, dass eine solche Versicherung nicht umsonst sein würde.

Anschauungsbeispiele gäbe es jenseits der Schweizer Grenze genügend. Dort hat sich die so bezeichnete obligatorische Gebäudeversicherung, die auch Naturkatastrophen abdeckt, durchaus bewährt. Da jeder Kanton – Schweizer Föderalismus eben – seine eigene Lösung hat, sind auch die Bedingungen sehr unterschiedlich. Abgesehen von wenigen Kantonen, die keine solche verpflichtende Versicherung kennen, sind die Kosten durchaus unterschiedlich und pendeln zwischen umgerechnet 300 und 700 Euro jährlich. Dafür muss dann niemand um seine Existenz bangen, wenn ein Elementarereignis zuschlägt.

In Österreich wäre die Einführung einer solchen zusätzlichen finanziellen Belastung, die natürlich auch auf Mieten durchschlagen würde, unter den gegebenen Umständen mit

den hohen Wohnungskosten politischer Selbstmord. Daher schüttet die Politik lieber Geld aus dem Katastrophenfonds des Bundes aus, das die betroffenen Länder nach ihren Möglichkeiten erhöhen. Damit wird versucht, die Schäden einigermaßen auszugleichen, wobei stets ein Selbstbehalt für die Betroffenen zurückbleibt. Ob dies angesichts der durch den Klimawandel zu befürchtenden künftigen Unwetterereignisse eine vernünftige Strategie ist, bleibt dahingestellt. Die (teilweise) Abgeltung von Unterwitterschäden durch staatliche Unterstützungen degradiert die Menschen zu Bittstellern und erzeugt, wenn sie in einem Bundesland mit niedrigeren Hilfen leben, vielleicht sogar eher Unmut statt Dankbarkeit.

Gänzlich übersehen wird, dass ja auch die Leistungen von Bund und Ländern aus diversen Katastrophenfonds mit Steuergeld finanziert werden. Die Bürgerinnen und Bürger merken es – im Gegensatz zur Bezahlung einer Versicherungsprämie – halt nicht. Gerade weil die Anpassung unseres Lebens an den Klimawandel noch viel Geld kosten dürfte, sollte die Politik eine Versicherungslösung nicht von vornherein ablehnen.



PETER BUSSJÄGER

peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.